3.2.2020 - KNA

Synodalversammlung beendet - Marx würdigt positive Atmosphäre

Frankfurt (KNA) Mit kontroversen Diskussionen über Macht, die Beteiligung von Frauen und das Priesteramt ist am Samstag die erste Synodalversammlung zur Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland zu Ende gegangen. Bei der am Donnerstag begonnenen ersten Etappe des sogenannten Synodalen Weges verständigten sich die rund 230 Teilnehmer auf eine Geschäftsordnung und die Besetzung von vier Arbeitsgruppen zu den zentralen Themen des Reformdialogs. Ein Ziel der von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) angestoßenen Initiative ist, nach dem Missbrauchsskandal verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Zahlreiche Teilnehmer würdigten die Gesprächsatmosphäre. Der Bischofskonferenzvorsitzende, Kardinal Reinhard Marx, sagte: "Der Geist des Miteinanders war positiv und ermutigend." Er sprach von einem "geistlichen Experiment". ZdK-Präsident Thomas **Sternberg** sagte: "Hier spricht keiner dem anderen die Frömmigkeit ab." In Frankfurt habe man ein "neues Bild von Kirche" erleben können.

Kritik kam insbesondere vom Kölner Kardinal Rainer Maria **Woelki**. "Es sind eigentlich alle meine Befürchtungen eingetreten", sagte er dem Kölner domradio. Durch den Synodalen Weg sei eine Art protestantisches Kirchenparlament installiert worden. Skeptiker des Reformdialogs hätten es vergleichsweise schwer gehabt, zu Wort zu kommen.

Im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) bemängelte der Kardinal zudem theologische Defizite. "Mein Eindruck ist, dass vieles, was zur theologischen Erkenntnislehre gehört, hier bei uns nicht mehr geteilt wird, und man stattdessen glaubt, die Kirche ganz neu und anders gestalten zu können." Viele Argumente seien mit Glaube und Lehre der Weltkirche nicht vereinbar.

Bei den Debatten über die verpflichtende Ehelosigkeit von Priestern, die kirchliche Sexualmoral oder die Verteilung von Macht wurde deutlich, dass eine große Mehrheit der Teilnehmer Änderungen für notwendig hält. So distanzierte sich der Hamburger Erzbischof Stefan **Heße** von der geltenden Lehre zu Homosexualität. Die Kirche begegne Homosexuellen nicht auf Augenhöhe. Viele gleichgeschlechtlich orientierte Menschen lebten in ihrer Beziehung Werte wie Respekt und Verantwortung. Ihnen müsse die Kirche gerecht werden.

Der Berliner Erzbischofs Heiner **Koch** sieht das Verständnis von Kirche als zentrales Problem in der Reformdebatte. "Es geht schlicht und ergreifend darum: Wer sind wir als Kirche?", sagte er mit Blick auf die Rolle von Priestern und Frauen.

Als ein "Zeugnis echter Katholizität der Kirche in Deutschland" würdigte der Essener Bischof Franz-Josef **Overbeck** die erste Vollversammlung. "Die Debatten haben eindrucksvoll gezeigt, wie sehr wir in einer Welt der Freiheit leben." Darin müssten sich heute die Botschaft der Bibel und der Tradition bewähren.

Die Theologin Agnes **Wuckelt** dringt auf mehr Mitsprache von Frauen. Zunächst sollten alle Möglichkeiten im Rahmen des Kirchenrechts ausgeschöpft werden, um etwa mehr Frauen in Leitungspositi-onen zu bringen, sagte die Vize-Vorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) der KNA. Auch bei der Leitung von Gemeinden oder der Feier von Gottesdiensten sei noch Luft nach oben. Der nächste Schritt wäre, dass die Bischöfe in Rom nach Möglichkeiten für das Frauendiakonat anfragten. Drittens könnte ein Votum der Synodalversammlung erreichen, dass man "auf Ebene der Weltkirche die theologischen Argumente für und wider eine Priesterweihe von Frauen zusammenträgt und prüft."

Der Speyrer Bischof Karl-Heinz **Wiesemann** fordert einen Kulturwandel im Umgang mit Macht. "Wir brauchen eine größere Transparenz und Rechenschaftspflicht in Bezug auf die Ausübung von Macht, es braucht strukturell abgesicherte Kontrolle und Partizipation des ganzen Gottesvolkes", sagte er der KNA.

Die Initiative "Wir sind Kirche" bezeichnete das erste Treffen als "hoffnungsvollen Beginn, der zugleich aber auch die Klippen dieses Reformkurses neuen Typs ahnen ließ". Die Reformthemen lägen klar auf dem Tisch.

Zuletzt geändert am 06.02.2020